



# GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.  
AbL Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft  
ALSO Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg



11. Mai 2020

## Billigproduktion gefährdet Menschenleben Agrarbündnis fordert Stilllegung verantwortungsloser Ernährungsbetriebe

Die Verbände des Agrarbündnisses Niedersachsen fordern die Landesregierung zur sofortigen Überprüfung sämtlicher Betriebe der niedersächsischen Schlachtindustrie hinsichtlich der Einhaltung von Standards für den Sozial- und Infektionsschutz in den Betrieben und bei der Unterbringung der Beschäftigten auf. Das Testen der Beschäftigten, wie es Ministerpräsident Stephan Weil angekündigt hat, reiche nicht aus. Laut Agrarbündnis ist es dabei unerheblich, ob die Mitarbeiter\*innen direkt angestellt seien, mit Werkverträgen oder in Leiharbeitsverhältnissen arbeiteten. Gleiches gelte auch für Betriebe, die Saisonarbeiter\*innen bei der Ernte von Spargel und Erdbeeren beschäftigten.

„Selbst die Corona-Pandemie hält anscheinend Teile der Ernährungsindustrie nicht davon ab, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen menschenunwürdig zu behandeln“, sagt Guido Grüner von der Arbeitslosenhilfe Oldenburg, die insbesondere Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen in der Ernährungsindustrie berät. „Hinzu kommt die Gesundheitsgefährdung durch illegale Unterbringung in Sammelunterkünften, die damit zu Hotspots beim Infektionsgeschehen werden können.“ Die Verantwortung für Einhaltung von Abstandsregeln in den Betrieben liege laut Agrarbündnis beim Unternehmen. Sollte die Produktion aufgrund der Pandemie gedrosselt oder zeitweise stillgelegt werden müssen, seien die bisherigen Löhne weiter zu zahlen. Mietabzüge für die angemessene Unterbringung aufgrund des Infektionsschutzes müssten verboten werden.

„Dass menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und die Einhaltung von gesetzlichen Anforderungen zum Schutz der Tiere in Schlachthöfen oft nicht ausreichend gesichert sind, haben entsprechende Skandale und zeitweise Schlachthofschließungen im vergangenen Jahr gezeigt“, ergänzt Ottmar Ilchmann, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Niedersachsen. Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert einen Systemwechsel mit stärkerer Orientierung auf eine regionale Wertschöpfungskette, bei denen faire und gerechte Preise für umweltgerechte Erzeugung für Bäuerinnen und Bauern gesichert sind, mit gerechten und menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen bei der Verarbeitung von Lebensmitteln und konkreten Informationen für Verbraucher\*innen über Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung.

„Die aktuellen Infektionsfälle im Zusammenhang mit Schlachthof-Standorten zeigen deutlich, dass lückenlose Kontrollen anstatt Vertrauen erforderlich sind“, so Tilman Uhlenthat, Agrarsprecher des BUND Niedersachsen. Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert daher das Land auf, sofort alle Betriebe, insbesondere die Unterbringung aller Beschäftigten von Schlachthöfen sowie bei Spargel- und Erdbeeranbauern zu überprüfen. „Alle Betriebe, die keine menschenwürdige Unterbringung, Bezahlung, Absicherung, keinen ausreichenden Arbeitsschutz und Schutz vor Infektionen gewährleisten, müssen mit

**Konsequenzen rechnen", so Uhlenhaut weiter.** Eine Schließung von Betrieben dürfe laut Agrarbündnis nicht nur erfolgen, wenn der Tierschutz nicht eingehalten wird. Fehlender Schutz von Mitarbeiter\*innen vor Corona muss ein hinreichender Grund dafür sein, Unternehmen das Recht auf Produktion und Profit bis zur Sicherstellung eines ausreichenden Schutzes zu entziehen. Darüber hinaus fordert das Bündnis Bund und Land auf, solchen Betrieben jede Art von finanziellen Hilfemaßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie unverzüglich zu entziehen, falls diese derzeit gewährt oder beantragt werden.

Hintergrund:

Das Agrarbündnis Niedersachsen – vielfältig, fair, bäuerlich ist ein Zusammenschluss von 19 Verbänden und Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz, aus Verbraucherorganisationen und der Entwicklungszusammenarbeit, die sich gemeinsam für eine faire Agrarpolitik einsetzen.

Rückfragen zum Thema an:  
Tilman Uhlenhaut, BUND Niedersachsen,  
Telefon: 0511 965 69 -13  
Email: [Tilman.Uhlenhaut@nds.bund.net](mailto:Tilman.Uhlenhaut@nds.bund.net)

Ottmar Ilchmann, AbL Niedersachsen,  
Telefon: 0176 45 000 760  
Email: [o.ilchmann@yahoo.de](mailto:o.ilchmann@yahoo.de)

Guido Grüner, Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg,  
Telefon: 0176 433 021 28  
Email: [also@also-zentrum.de](mailto:also@also-zentrum.de)

Pressekontakt:  
Dr. Tonja Mannstedt, Pressesprecherin BUND Niedersachsen, Tel. (0511) 965 69 – 31,  
[tonja.mannstedt@nds.bund.net](mailto:tonja.mannstedt@nds.bund.net)